

„Gewaltfreiheit muss unser Ziel bleiben“

Was uns mit den Menschen in der Ukraine verbindet und was jetzt beim Thema Freiheit dran ist. Fragen an Michael Heinisch-Kirch

Frage: Herr Heinisch-Kirch, Bomben auf die Zivilbevölkerung, ein Überfall auf die Ukraine durch Putin. Was bewegt Sie in diesen Tagen?

Michael Heinisch-Kirch: Ich fühle mich in besonderer Weise mit den Menschen in der Ukraine verbunden. Die Bilder von der Friedlichen Revolution 1989 hierzulande und vom Maidan vor acht Jahren in der Ukraine sind ja so ähnlich. Und auch den Ukrainern ist es gelungen, ein Land in Freiheit zu erstreiten und aufzubauen. Dass das in dieser Form jetzt von dem russischen Herrscher unter Missachtung des Völkerrechts und mit einer solchen Brutalität gegen die Zivilgesellschaft zurückgedreht wird, darüber bin ich völlig fassungslos.

Von deutscher Seite werden inzwischen Waffen in die Ukraine geliefert. Das Motto der Friedlichen Revolution 1989 war aber "Keine Gewalt". Müssen wir uns davon verabschieden?

Die Antwort fällt mir total schwer. Ich komme ja aus einem pazifistischen Hintergrund und habe den Wehrdienst in der DDR total verweigert. Wir haben jetzt eine andere Situation, trotzdem würde ich keinesfalls sagen, „Pazifismus war gestern“ oder so. Ich sehe im jetzigen Moment keine andere Möglichkeit, als der Gewalt entsprechend auch mit Gewalt zu begegnen. Wir werden aus der Situation nicht heraus kommen, ohne uns schuldig zu machen. Trotzdem halte ich daran fest: das gewaltfreie Zusammenleben bleibt unser Ziel.

Wie können wir dahin kommen?

Ich plädiere dafür, dass wir in Deutschland die Regel einführen, dass jeder Euro, den wir ausgeben für eine Waffe, Munition oder die Armee, ergänzt wird durch einen zweiten Euro. Dieser zweite Euro wird eingesetzt für eine Maßnahme der Friedenssicherung oder -entwicklung: Der Stärkung der OSZE beispielsweise, der Ausbildung von Mediatoren. Überhaupt sollte jeder Soldat als Mediator geschult sein. Dieser zweite Euro könnte auch in die der Stärkung zivilgesellschaftlichen Strukturen in der Ukraine oder Russland oder anderen Ländern fließen. So wäre klar: Unsere Antwort auf militärische Gewalt ist nicht die Konzentration auf militärische Gewalt, sondern auf die Entwicklung von Frieden. Gewaltfreies Zusammenleben und Gewaltfreiheit bleibt unser Ziel. Deswegen würde ich sagen, mindestens jeder zweite Euro genau dafür.

Mit 100 Milliarden Euro soll der Verteidigungshaushalt gestärkt werden. Was halten Sie davon?

Ich bin überrascht und musste das in meinem Kopf erst einmal ins Verhältnis setzen. Wir kneten und knechten die ganze Zeit hin und her und geben im Bereich der Energiewende oder der Klimaschutzmaßnahmen viel kleinere Summen aus, die nötig wären, um unsere Erde zu retten. Trotz bündnisgrüner Regierungsbeteiligung ist das nicht möglich, da gibt es diverse Tricks, Veränderungen zu verhindern, Klagen der einen Partei gegen die

andere, weil sie irgendeinen Euro vielleicht falsch ausgeben. Und angesichts dieser Eskalation stellt sich unser deutscher Bundeskanzler hin und sagt, 100 Milliarden, das ist kein Problem und keiner widerspricht. Das finde ich extrem irritierend.

Sie haben die großen Geschichten angesprochen. Gibt es denn auch Schlussfolgerungen für die konkrete Arbeit, etwa mit den Jugendlichen, mit denen ja die SozDia auch täglich zu tun hat?

Da steht das Thema Bildung für mich ganz oben, für das auch der besagte zweite Euro ausgegeben werden müsste. Denn jeder in die Bildung im Blick auf Gewaltfreiheit investierte Euro ist ja letztlich eine Kriegsprävention. Menschen, die hinreichend Bildungschancen – und Möglichkeiten haben, werden sich tendenziell für friedliche Lösungen einsetzen. Davon bin ich überzeugt.

Wir sprechen aktuell von der russischen Invasion. Was wäre jetzt im Verhältnis zu Russland dran?

Wir müssen von der Solidarität mit der russischen Bevölkerung reden. Russland, das ist ja nicht eine Horde von dekadenten Staatslenkern, sondern ich meine die russische Bevölkerung, die aus meiner Sicht genauso von den destruktiven Entscheidungen ihrer Staatsführung betroffen sind.

Wenn wir uns auf die Friedliche Revolution besinnen. Woran können wir anknüpfen?

Was wir nicht nachlassen dürfen, das ist das Friedensgebet. Im Gebet geht es ja auch um die Besinnung auf unsere Werte, von denen wir kommen. Das hat uns zum Beispiel vor 30 Jahren auch gut geholfen. Warum sollte es uns jetzt nicht auch helfen? Ich wünschte mir darum von den Kirchen ein deutlicheres Wort zu den ganzen Vorgängen.

Was meinen Sie damit?

Wenn die Kirchen in Deutschland sehr laut und unüberhörbar zu Friedensgebeten aufrufen würden, dann hätte ich die Hoffnung, dass das auch übergreifen könnte in die Ukraine und nach Russland. Auch dort müsste es Friedensgebete geben. Deren Kraft gegenüber totalitären Herrschern haben wir doch 1989 erlebt. Friedensgebete machen deutlich: ich übergebe die Verantwortung nicht an Gott, sondern ich bitte um seinen Segen für das, was ich tue. Das heißt für mich Verantwortungsübernahme und politische Einmischung.

Heißt das auch ein Stück Freiheit?

Ja, natürlich. Das hat für mich immer auch mit Freiheit zu tun. Freiheit heißt ja, dass jeder tun und lassen kann, was er möchte, solange er die Freiheit anderer nicht beeinträchtigt. Und genau das passiert ja im Moment. Es gibt diese Uminterpretation von Seiten der russischen Staatsführung: Unsere Freiheit nehmen wir uns auf Kosten anderer. Gerade die Friedensgebete geben ja die klare Botschaft weiter: Meine Freiheit kann nicht auf dem Rücken anderer ausgetragen werden.

Interview: Bettina Röder